

„Dieser Krieg fing schon 2014 an“

oder „Wie grüne Männchen ein Blutbad verhinderten“

von Hannes Henkelmann

Am Telefon begrüße ich den Dokumentarfilmer und Medienwissenschaftler Wilhelm Domke-Schulz. Seit Jahren beschäftigt er sich mit dem Ukraine-Konflikt und der Situation in den Volksrepubliken Donezk und Luhansk.

Seine erste Ukraine-Dokumentation »Remember Odessa« gewann zahlreiche Preise, die zweite Doku »Leben und Sterben im Donbass« wird gerade geschnitten. Domke-Schulz berichtet im ersten Teil des Interviews über den Maidan-Protest, den Putsch in Kiew, sowie über russophobe Freischärler und das Referendum auf der Krim.

An welcher Stelle der Geschichte wollen wir einsteigen, Herr Domke-Schulz?

Natürlich mit der EU-Beitrittserklärung, die der damalige ukrainische Präsident Janukowytsch 2013 aus gutem Grund nicht unterschreiben wollte. Denn diese hätte die Ukraine dazu verpflichtet, sich wirtschaftlich ausschließlich gen Europa zu orientieren und die Geschäfte mit Russland auszusetzen, obwohl diese 80 Prozent des Handelsvolumen ausmachten.

Daraufhin begannen die Maidan-Proteste der Studenten, die sich eine Annäherung nach Europa wünschten. Nur leider mischten sich in relativ kurzer Zeit rechtsradikale und paramilitärische Gruppen darunter. Diese haben die Maidan-Bewegung übernommen und deren Charakter gedreht, vom friedlichen Protest zur militanten, extremistischen Revolte. Die Tagesschau zeigte allerdings nur friedliche Demonstranten. Da fing die große Lüge an.

Worüber hätten unsere Leitmedien denn unbedingt berichten müssen?

Die Liste ist endlos. Erstens, dass es zu der Zeit in Kiew zwei Protestlager gab. Eins auf dem Maidan, das gegen die Regierung demonstrierte, und eins im Mariinsky Park, wo die Janukowytsch-Anhänger ein Anti-Maidan-Lager organisiert haben. Zweitens, dass die radikalen Maidan-Gruppen dieses Lager gestürmt haben, wobei mindestens ein Dutzend Menschen ums Leben kamen. Sie wurden ermordet, weil sie für die Regierung demonstriert hatten. Nicht zu fassen. Und drittens, dass die Menschen, die nach der Auflösung des Lagers mit Bussen wieder nach Hause fuhren, erneut von den Faschisten überfallen wurden. Ein Fahrer wurde erschossen, Busse in Brand gesetzt, insgesamt gab es über 20 Tote zu beklagen.

Und dann kam es zum Putsch. Wie ist der abgelaufen?

Präsident Wiktor Janukowytsch hatte sich von dem damaligen Außenminister Frank-Walter Steinmeier und dessen Kollegen aus Frankreich und Polen täuschen lassen. Janukowytsch glaubte an den ausgehandelten Plan für eine Lösung der ukrainischen Krise und zog die Polizei vom Maidan ab, worauf die militanten Gruppen umgehend das Parlament stürmten. Sie haben die Regierungsabgeordneten zum Teil verprügelt, vor und in der Rada (Oberster Rat) wohlgermerkt, ihnen die Abstimmungskarten entwendet und dann in einer verfassungswidrigen Abstimmung den Präsidenten Janukowytsch - ohne erforderliche Mehrheit - abgesetzt. Aber keiner hat im Westen darüber berichtet, dass sich eine russophobe, faschistoide Minderheit an die Macht geputscht hat.

Es wird Zeit, sich diese Verbrecher näher anzuschauen! Mir ist es wichtig klarzustellen, dass damals wie heute nicht die ukrainische Armee in vorderster Linie kämpft, sondern dass dort die rechtsradikalen Freischärler zu finden sind. Viele standen bei Oligarchen in Lohn und Brot, haben in Hundertschaften auf dem Maidan begonnen. Sie sind ohne militärische Ausbildung, aber mit hochwertigem Material ausgestattet. Das berüchtigte Asow-Battalion ist zum Beispiel mit modernen Panzerwagen aus den USA ausgerüstet worden. In ihrer militärischen Tradition berufen sie sich auf die SS-Division Galizien, und auf ihren Webseiten schreiben sie ganz offen, dass sie das ganze Land ukrainisieren und alles russische verdrängen wollen. Also auch die russische Kultur und die

russische Sprache. Dass solche Aussagen, verbunden mit den Morden im Mariinsky Park und den Anschlägen auf die Busse, die russische Bevölkerung in der Ukraine aufgebracht hat, ist wohl nur allzu verständlich.

Und wie ging es chronologisch weiter?

Am 22. Februar 2014 gab es in der ostukrainischen Stadt Charkow eine Konferenz, an der 2.000 Bürgermeister und Gouverneure aus der Ost- und Südukraine teilgenommen haben. Am Ende wurde die neue Regierung für verfassungswidrig, antidemokratisch und nationalistisch erklärt, und angekündigt, sich dieser nicht weiter zu unterstellen, weil sie illegal wäre. Das war quasi der Beginn des Widerstandes in der Region.

Kurze Zeit später beschloss das Parlament der Autonomen Republik Krim, ihre Bürger in Form eines Referendums zu befragen, ob sie die neue Regierung in Kiew anerkennen beziehungsweise sich unterstellen wollen. 150 ausländische Wahlbeobachter wurden eingeladen, und diese haben keine Unregelmäßigkeiten beim Referendum vermeldet. Sie sprachen von einer entspannten Atmosphäre, alle Wahlberechtigten hätten ihre Stimme ohne Hindernis abgeben können. Die Wahlbeteiligung lag übrigens bei 83 Prozent, und 96,77 Prozent haben für die Wiedervereinigung mit Russland gestimmt.

Erwähnenswert ist noch, dass Kiew den auf der Krim stationierten ukrainischen Soldaten den Befehl erteilt hatte, das Referendum unter allen Umständen zu verhindern, quasi ein Schießbefehl. Doch haben gut ausgebildete Männer in grünen Uniformen, wohlgemerkt ohne Abzeichen, alle Zufahrten zu den Kasernen blockiert und somit ein Blutbad verhindert.

Teil 2 des Interviews mit Wilhelm Domke-Schulz erscheint in der 82. Ausgabe des DW. Hannes Henkelmann ist Sozialarbeiter und Fotograf. Er führt die DW-Alltagsinterviews.